Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 143 (1977)

Heft: 9

Artikel: Sicherheit in einer sich wandelnden Welt

Autor: [s.n.]

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-50962

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Sicherheit in einer sich wandelnden Welt

ERSCHLOSSEN EMDDOK
MF 129 1562

Die schweizerischen Offiziersgesellschaften haben bekanntlich in jüngster Zeit vermehrt versucht, einer breiteren Öffentlichkeit die Dringlichkeit unserer Wehrprobleme vor Augen zu führen, indem sie immer wieder auf die bedrohliche militärische Situation in Europa hingewiesen und deren Konsequenzen für unser Land und unsere Armee aufgezeigt haben.
In den Rahmen dieser Bemühungen gehört auch der am 24. Juni 1977 von der Offiziersgesellschaft Winterthur veranstaltete Vortrag des westdeutschen Verteidigungsministers Georg Leber.

Zur Person des Referenten

Georg Leber, der bereits auf eine jährige Tätigkeit als Minister für eidigung zurückblicken kann, ist auch in unserem Lande kein Unbekannter. Er hat sich **große Verdienste um die Bundeswehr** errungen. Mit seiner **mutigen Informationspolitik,** die auch unangenehme Tatsachen und Möglichkeiten ungeschminkt ausspricht, ist es ihm gelungen, weite Kreise der Bevölkerung von der Notwendigkeit einer starken Landesverteidigung zu überzeugen und auch in Zeiten der Rezession die erforderlichen Gelder zu erhalten. Mit seinem entschlossenen und kompromißlosen Auftreten in der Generalsaffäre hat er alle Versuche, die Vergangenheit aufzufrischen, im Keime erstickt, dadurch das Vertrauen in die Bundeswehr gestärkt und das Ansehen der Regierung im Ausland gemehrt. Die wohl größten Verdienste auf lange Sicht hat sich der Referent aber dadurch erworben, daß er die **deutsche Sozialdemokratie mit der Bundeswehr versöhnt** hat. Dem früheren Gewerkschaftsführer ist es gelungen, seine sozialdemokratischen Freunde, die bisher die Bundeswehr abgelehnt haben, davon zu überzeugen, daß diese nicht nur das Territorium verteidigt, sondern daß durch sie auch der Weiterbestand der sozialen Errungenschaften der Bundesrepublik garantiert wird, zu deren Verwirklichung doch gerade die sozialdemokratische Bewegung einen entscheidenden Beitrag geleistet hat.

Militärische Drohung – ein politisches Druckmittel

Verteidigungsminister Leber behandelte das Thema «Sicherheit in einer sich wandelnden Welt» in umfassender Weise und mit der Kompetenz des erfahrenen Staatsmannes eines Landes, das zum NATO-Bündnis gehört. Einleitend stellte er fest, daß heute in allen demokratisch regierten Ländern ein ungeheurer Wettbewerb im Gang sei, **ein Wettbewerb um die Erfüllung der Staatsaufgaben,** die der Bürger erwartet, und damit ein Wettbewerb zwischen den Staatsaufwendungen. Die Tatsache, daß in Europa seit 32 Jahren kein Krieg mehr stattgefunden hat, könnte uns verführen, leichtfertigerweise die Akzente so zu setzen, daß nicht alles getan wird, was notwendig ist, diesen Zustand von 32 Jahren Frieden möglichst vielen Generationen vor uns in diesem und im nächsten Jahrhundert zu bewahren. Natürlich gehört dazu nebst der militärischen Bereitschaft auch die Notwendigkeit, politische Spannungen abzubauen, damit sich diese nicht eines Tages ungewollt selbst entladen. Andererseits besteht die große Gefahr, daß mit der Verminderung politischer Spannungen der Eindruck entsteht, auch die militärische Bedrohung habe sich verringert, obwohl genau das Gegenteil der Fall ist: **Die militärische Bedrohung existiert weiter,** und trotz der Entspannungspolitik der letzten Jahre haben die militärischen Rüstungen erheblich zugenommen.

Garantierte Sicherheit, die fortwährend gilt, gibt es ohnehin nicht. Sie ist das Resultat beständiger intensiver Bemühungen, und **daß trotz der zweiunddreißigjährigen Friedensperiode in Europa Kriege auch heute noch sehr wahrscheinlich sind,** beweist die Tatsache, daß es in der Welt im Zeitraum von 1945 bis 1975 119 Bürgerkriege und internationale Kriege gegeben hat. Die Ausnahmesituation Europas ergibt sich aus dem unerhört großen militärischen Potential hochentwickelter Industriestaaten mit planetarischer Zerstörungsfähigkeit und aus der Präsenz der beiden Weltmächte, die sich als Führungsmächte ihrer Bündnisse gegenüberstehen.

Angesichts seines Offensivpotentials in Mitteleuropa könnte der **Warschauer Pakt aber durchaus Motive haben, mit der Möglichkeit eines Angriffs leise oder vernehmlich zu drohen.** So hat auch Bundesrat Gnägi im April dieses Jahres darauf hingewiesen, daß selbst die neutrale Schweiz mit militärischer Gewaltandrohung zu politischen Zugeständnissen erpreßt oder in einen offenen Konflikt verwickelt werden könnte und daß dieses Risiko in den kommenden Jahren weiter zunehmen werde. Denn obwohl in Wien über beiderseitige ausgewogene Truppenverminderungen verhandelt wird, rüstet der Warschauer Pakt unentwegt weiter auf.

Konventionelles Übergewicht

Der Warschauer Pakt hat in Mitteleuropa etwa 10 000 Kampfpanzer mehr als die NATO stehen. Das Verhältnis der Panzer zueinander beträgt etwa 1:3. Der Warschauer Pakt hat in diesem Raum doppelt so viele Flugzeuge wie die NATO und 150000 Soldaten mehr unter Waffen als die NATO. Darüber hinaus betreibt die Sowjetunion eine expansive maritime Rüstung, die eine ungeheure ökonomische und technisch-militärische Leistung darstellt. Für ihre Verteidigung braucht sie diese nicht, denn der Warschauer Pakt ist von Seeverbindungen so gut wie unabhängig.

In diesem Zusammenhang gehört auch die Feststellung, daß das **Rüstungsungleichgewicht** noch verschärft wird durch den forcierten Ausbau der sowjetischen Transportkapazitäten. So hat man beobachten können, daß bei den letztjährigen Herbstmanövern an einem Tag 80000 Soldaten verlegt worden sind, ohne daß die Aeroflot ihren Linienbetrieb einschränkte. Im Ernstfall müßte man aber ihre Kapazität (größte Luftfahrtgesellschaft der Welt) noch dazurechnen.

Nach der Schätzung der NATO werden **mindestens 13% des Bruttosozialprodukts der Sowjetunion für militärische Zwecke** ausgegeben. Dafür leisten

die Staaten des Warschauer Paktes auch sechsundzwanzigmal weniger Entwicklungshilfe an die Länder der dritten Welt! Konkurrenzlos sind sie allerdings auch hier wieder in bezug auf die Lieferung von Waffen – kein Geld für Brot, aber Waffen! Darin offenbart sich höchst eindrücklich das mangelnde Verantwortungsbewußtsein, das einer Weltmacht angemessen wäre.

Welches die **Absichten der Sowjetunion oder des Warschauer Paktes** auf dem Hintergrund ihres unverhältnismäßigen Militärpotentials sind – darüber zu spekulieren ist nach Lebers Meinung nicht die Aufgabe von Verteidigungsministern. Seine Pflicht sei es nicht, abzuschätzen, was der Osten damit wolle, sondern was er **könne.**

Angriff aus dem Stand

Im Zusammenhang mit Zeitungsmeldungen, die davon sprechen, daß der Warschauer Pakt zu einem Angriff aus dem Stand fähig sei, sagte Leber, daß der Osten dank seiner konventionellen Überlegenheit zwar in der Lage sei, nach sehr kurzfristiger Vorbereitung eine militärische Aggression gegen Westeuropa auch ohne Nuklearwaffen vorzutragen, daß aber auch er **nicht ohne Vorbereitung angreifen** könne. Mit anderen Worten: Für uns gilt es, die **Angriffsabsichten des Gegners** durch eindeutige Indikatoren möglichst frühzeitig zu erkennen und auf politische Spannungen rechtzeitig zu reagieren.

Tendenz gefährlich

Die **weltweite Projektion militärischer Macht als Teil sowjetischer Außenpolitik** birgt die Gefahr der politischen Pressionen kleinerer Mächte. Die Sowjetunion darf also nicht überrascht sein, daß wir die Frage stellen, wozu sie unter Vernachlässigung anderer dringender Bedürfnisse im eigenen Lande derartig überdimensionierte Streitkräfte unterhält und sie weiter ausbaut, und sie muß sich darüber klar sein, daß sie den Westen mittelfristig zu einer harten Entscheidung zwingt: entweder auf längere Sicht Unterlegenheit zu riskieren oder seinen Völkern größere Opfer zuzumuten, um durch vermehrte Anstrengungen Parität auch im konventionellen Bereich wiederherzustellen.

Leber sagte wörtlich: «Wir haben auf der letzten Konferenz der Verteidigungsminister im Mai darauf hingewiesen, daß wir gegenwärtig keine Veranlassung haben, an der Wahrung der Balance zu zweifeln. Wir haben aber gemeinsam festgestellt, daß die Tendenz, die es gibt, gefährlich ist», daß nämlich **überlegenes militärisches Potential dazu verleiten könnte, politischen Druck ausüben und zu nötigen.** Und wenn die NATO auch in Zukunft ihren Zweck, nämlich den Krieg zu verhindern, erfüllen will, müssen die vorhandenen Schwächen in der Verteidigung des Westens behoben werden. Auch Präsident Carter hat sich sehr nachdrücklich in dieser Richtung geäußert. Die konventionelle Unausgewogenheit, die es heute gibt, müsse korrigiert werden.

Verteidigungsminister Leber aus der Bundesrepublik Deutschland beim Vortrag der OG Winterthur.

Die USA ein verläßlicher NATO-Verbündeter, sofern ...

Die Frage, ob die USA im Ernstfall als verläßlicher NATO-Partner gewertet werden könne, bejahte Leber, unter der Voraussetzung, daß die europäischen NATO-Verbündeten selbst das **ihnen Zumutbare zur Verteidigung** geleistet hätten. Wenn sie dies nicht täten und die konventionelle Rüstung vernachlässigten, könne nicht erwartet werden, daß die USA der NATO im Falle eines Angriffs mit Atomwaffen unter die Arme greifen würden. Auch von dieser Seite ergibt sich für Europa also wieder die Notwendigkeit starker konventioneller Bewaffnung.

Die NATO erkennt die Zeichen der Zeit

Die **Bundesrepublik** hat aus dieser Erkenntnis heraus den Entschluß gefaßt, das Heer um drei Brigaden zu vergrößern und es zu modernisieren. Auch die **Amerikaner** haben sich entschieden, ihre konventionelle Anwesenheit in Europa um zwei Brigaden zu vermehren, und zwar wird eine dieser beiden Brigaden im Verlaufe dieses Jahres in die **norddeutsche Tiefebene** disloziert. Dort haben sich bis jetzt keine Amerikaner befunden. Wer also künftig durch die norddeutsche Tiefebene das Ruhrgebiet angreifen wollte, wäre damit **vom ersten Augenblick an auch mit den Vereinigten Staaten unmittelbar im Krieg.** Dazu kommt, daß diese beiden Brigaden nicht einfach eine Vermehrung der bisher in Europa stationierten amerikanischen Truppen um zwei Brigaden sind, sondern die Korsettstangen für ein Korps bilden, das auf dem Luftweg hierher gebracht werden kann. Sie bedeuten also eine Aufstockung der konventionellen Kapazität der Vereinigten Staaten von Amerika in der Bundesrepublik um 50%. Auch **Kanada** hat sich nicht zurückgezogen, sondern sein Kontingent zu einem der modernst ausgestatteten der ganzen Allianz gemacht.

Moderne Panzer- und Fliegerabwehr entscheidend

Das **NATO-Bündnis ist auf die Defensive festgelegt,** das heißt, die Allianz muß fähig sein, die Offensivwaffen des

Gegners wirkungsvoll zu bekämpfen. Dazu ist eine leistungsfähige **Panzerabwehr** erforderlich. Wenn man den eigenen Panzern eine moderne Panzerabwehr dazugesellt, braucht man sich gegen eine höhere Zahl von Panzern nicht zu fürchten. Dasselbe gilt für die **Luftabwehr.** Diese Waffen, die der reinen Defensive dienen, sind zwar auch teuer, aber am Ende immer noch billiger, als wenn man jedem gegnerischen Panzer einen eigenen Panzer entgegenstellen wollte.

Da Waffen auch veralten, hat die BRD die jetzt durchwegs 25 Jahre alten Waffensysteme samt und sonders abgelöst und durch neue ersetzt oder sich entschlossen, sie durch neue zu ersetzen. Minister Leber hat in den letzten 3 Jahren darauf gedrungen, **daß der investive Anteil des Verteidigungshaushaltes deutlich über 30% des gesamten Verteidigungshaushaltes lag.** Damit konnte die Modernisierung der Bundeswehr vorgenommen werden. Leber erläuterte dies an drei Beispielen:

Bis jetzt waren, wie bei allen Alliierten, 85% der **Lastwagen** Spezialanfertigungen mit Allradbetrieb und Geländegängigkeit usw. Er habe entschieden, daß diese 25 Jahre alten Vehikel nicht durch neue Spezialanfertigungen ersetzt, sondern daß Lastwagen vom Band gekauft würden, denn man wolle ja nicht fähig sein, in Wüsten und Steppen Krieg zu führen, sondern die BRD zu verteidigen. Und dazu brauche man keine spezialangefertigten Lastwagen. Auf diese Weise wurden über 3 Milliarden Mark gespart. Mit diesem Geld konnte dem deutschen Heer die modernste Garnitur wirkungsvollster Panzerabwehrraketen gekauft werden, ohne daß der Steuersäckel mit einer einzigen Mark mehr belastet worden wäre.

Panzerabwehr statt Butter und Pharmazeutika

Als zweites Beispiel erwähnte Leber, daß die BRD, wie viele andere Länder auch, jedes Jahr **für den Mobilmachungsfall für viele Millionen Mark Butter eingekauft,** in Depots gelagert und nach einem Jahr wieder verkauft habe. Er habe das verboten und mit diesem Geld Panzerabwehrwaffen gekauft – um zu verhindern, daß man überhaupt Butterreserven nötig habe!

Eine weitere Maßnahme ähnlicher Art traf der Verteidigungsminister hinsichtlich der **pharmazeutischen Artikel,** von denen **jährlich für über 40 Millionen Mark als Vorrat für den Ernstfall** eingekauft worden waren. Er verfügte, daß die deutsche pharmazeutische Industrie entweder selbst die Vorräte für das Heer unterhalten oder Heeresvorräte, die bei ihr gekauft worden waren, wieder zurücknehmen müsse, und konnte so jährlich 40 bis 50 Millionen Mark sparen und in Kampfkraft umsetzen.

Hohe Anforderungen an das Kader

Die Bundeswehr macht sich darüber hinaus aber auch Gedanken über den Wehrmann und die Voraussetzungen, die er mitbringt. Sie hat deshalb im Jahre 1973 damit begonnen, **zwei bundeswehreigene Hochschulen** zu errichten. Es wird künftig niemand mehr **Offizier,** der nicht durch diese Hochschulen gegangen ist und am Ende ein Staatsexamen gemacht hat. Auch wird niemand **Unteroffizier,** der neben der militärischen Ausbildung nicht noch eine Facharbeiterprüfung bei der Handels- oder Handwerkskammer abgelegt hat. Und es wird in der Bundeswehr niemand **Feldwebel,** der nicht eine Meisterprüfung bestanden hat.

Opfer sind der Preis der Freiheit

Georg Leber ist sich klar darüber, wieviel Geld dies alles kostet. Es könnte allerdings manches billiger sein, wenn sich die Länder der westlichen Welt endlich dazu aufraffen könnten, **weniger Eigenbrötlerei zu betreiben und zu standardisieren.** Die Völker haben Anspruch darauf, daß die von ihnen aufgebrachten Verteidigungsmittel so kosteneffektiv wie möglich verwendet werden.

Abschließend betonte Leber nochmals, wie wichtig es sei, mit großer Wachsamkeit den **Blick auf mittelfristige Tendenzen in der Zukunft** zu richten. Weltweite und immerwährende Sicherheit werde es in naher Zukunft nicht geben. In bezug auf die NATO heißt das, daß sie einerseits die Spannungen zwischen Ost und West vermindern möchte, andererseits sich aber auch bemüht, andere Gefahren zu erkennen und der Ausweitung lokaler Krisen und Konflikte auf weitere Regionen entgegenzuwirken. Das kann sie aber nur, wenn Europa sich endlich aus seiner Zerrissenheit zu einer Einheit zusammenfindet, die durch Verteidigungsbereitschaft und ausreichende Verteidigungsfähigkeit abgesichert ist.

Mahnung zur Wachsamkeit

Leber beendete seine Ausführungen mit einem Wort, das der frühere amerikanische Präsident Eisenhower mehrfach verwendet hat. Es ist ein Wort aus der Bibel und lautet: «Wenn der Starke wohlbewaffnet seinen Hof bewacht, so ist sein Eigentum in Sicherheit. Wenn aber ein Stärkerer als er über ihn kommt und ihn überwindet, so nimmt der ihm seine ganze Rüstung, auf die er sich verließ, hinweg und verteilt sie unter sich als seine Beute.»

Verteidigungsminister Leber erklärte mit Nachdruck, daß, wenn wir nicht den **Mut zur Unbequemlichkeit** hätten und rechtzeitig **mit Geld und mit Opfern Vorsorge** träfen, wir sicherlich eines Tages mit Freiheit und mit Blut bezahlen müßten.

(Dieser Bericht wurde an Hand von Tonbandaufzeichnungen von Frau Margrit Bischofberger, Mittelschullehrerin, Winterthur, verfaßt.) ■

Wir zitieren: Aus der Freiheit erwachsen auch Pflichten

In einem freiheitlichen Staat darf der Bürger Freiheit nicht nur als «frei sein von etwas» verstehen. Aus der Freiheit erwächst zugleich auch die Pflicht zur Fürsorge und zur Verantwortung gegenüber dem Staat. Die Bereitschaft freier Bürger, dem Gemeinwesen zu dienen, ist in Wirklichkeit auch Ausdruck freiheitlicher Gesinnung. Dieses Dienen, das ich meine, ist zugleich auch Ausdruck für das Treueverhältnis zwischen Bürger und Staat. Beides – das Wort dienen und das Wort Treue – mag für manchen etwas altmodisch klingen. Aber der freiheitlich verfaßte Staat kann nicht existieren, wenn die Bereitschaft des Bürgers zu treuem Dienst nicht gegeben wäre.

Wir müssen dem freien demokratischen Staat deswegen in Freiheit dienen, damit wir nicht eines Tages wieder vor fremden Herren oder Diktaturen den Rücken beugen müssen.

Bundesminister der Verteidigung
Georg Leber, BRD